

SHORT NEWS

Biomilch bis zum Hals

(lm) - Verärgert sind sie, die Biog-Leute. Da haben sie vor über zwei Jahren der Luxlait den Rücken gekehrt, um nicht Opfer der fallenden Preise für gewöhnliche Milch zu werden (woxx 1342). Und nun will die flämische Partnerfirma, die die Überschussproduktion zum Biomilch-Tarif abnahm, den Vertrag nicht erneuern. „In den Nachbarländern agiert der Milchmarkt mittlerweile stark protektionistisch“, kommentiert die Biog in ihrem Pressecommuniqué. Sie sieht sich als Opfer von „Protektionismus“. Ein bisschen ist sie wohl auch Opfer des Erfolgs der Biolandwirtschaft: In der Milchkrise haben viele Betriebe umgestellt, und die Konkurrenz ist härter geworden - mittlerweile gibt es auch von Luxlait Biomilch „made in Luxembourg“. Ob der Export der überschüssigen Bio-Rohmilch nach Flandern wirklich im Sinne der Nachhaltigkeit war, konnte man sich schon vor zwei Jahren fragen. Jetzt bleibt der Biog nichts anderes übrig, als aus der Not eine Tugend zu machen und zu versuchen, ihren Anteil am heimischen Markt zu vergrößern. Ob sie das mit der „Blo Kou“-Kampagne hinbekommt, wird sich zeigen. Dass die Biog-Genossenschaft dabei nur die Qualität ihrer Produkte hervorhebt und nicht ihre Zugehörigkeit zur Sozialwirtschaft, findet die „société coopérative“ woxx allerdings schade.

Les PPP ne sont plus en odeur de sainteté

(lc) - Quand la Cour des comptes européenne communique, on ne s'attend pas vraiment à ce qu'elle mette en question une pratique économique communément admise, quoique controversée dans les sphères politiques de gauche. C'est pourtant le cas dans son dernier rapport, où elle estime que les partenariats public-privé (PPP) présentent « de multiples insuffisances et des avantages limités ». Bien sûr, il s'agit des PPP cofinancés par l'Union européenne et non pas les multiples parkings ou piscines construits par des communes en partenariat avec des entreprises privées, au prix de contrats qui en règle générale coûtent plus d'argent au contribuable que si le public avait agi seul. La Cour des comptes a donc procédé à un audit des PPP faits avec cofinancement européen, et le résultat est parlant : 1,5 milliard d'euros dépensés « de manière inefficace et inefficace » et un « manque de clarté des politiques et des stratégies », des « analyses inappropriées, de la comptabilisation de PPP hors bilan et une répartition déséquilibrée des risques ». En clair, la Cour des comptes vient de donner raison aux nombreux détracteurs des PPP à tous les niveaux - ce qui est une bonne nouvelle... à condition qu'elle parvienne aux oreilles des responsables politiques.

Für die Bienen, gegen Neonikotinoide!

(lm) - Mit einem „good news for bees“ hatten Greenpeace und andere europäische NGOs vor einem Jahr reagiert, als die Kommission ihre Absicht bekanntgab, gegen die Verwendung von drei Neonikotinoiden vorzugehen. Seither ist nichts mehr passiert. In einem Brief an den Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker erinnerten ihn die NGOs vor einer Woche an die damalige Absichtsbekundung und daran, dass er sich als „Freund der Bienen“ bezeichnet habe. Sie forderten, das Verbot der drei besonders insektenschädlichen Pestizide auf die Tagesordnung des nächsten Fachausschusses zu setzen. Dies erscheint den NGOs als umso dringender als seit Ende Februar eine neue wissenschaftliche Risikobewertung vorliegt. Nach Informationen des Deutschen Naturschutzrings (DNR) wird am heutigen Donnerstag im Fachausschuss der EU-Kommission über das Verbot beraten. Auch der Dachverband der deutschen Umwelt-NGOs verweist auf die Studie, die belege, dass „ein vollständiges Anwendungsverbot im Interesse des Arten- und Biodiversitätsschutzes unumgänglich ist“. Darüber hinaus fordert der DNR ein Verbot der gesamten Wirkstoffgruppe, die viel mehr Neonikotinoide umfasst als nur die drei, deren Verbot jetzt zur Diskussion steht. Im Ausschuss dürften mindestens elf Länder, darunter Luxemburg, sich für das Verbot aussprechen. Über den Ausgang des Votums (nach Redaktionsschluss) werden wir online berichten.

AKTUELL

WASSERVERSORGUNG

Wird das Wasser in Luxemburg knapp?

Joël Adami

Weltwassertag: Die Hauptstadt weiht einen Wasserturm ein, das Umweltministerium gibt eine Pressekonferenz - zwei unterschiedliche Sichtweisen zur Zukunft der Wasserversorgung.

„Wir können ruhig schlafen, die Stadt Luxemburg ist gut für die Zukunft gerüstet“, verkündete Simone Beissel (DP) bei der Einweihung des neuen Wasserturms in Gasperich. Beissel ist als Schöffin für die Wasserwirtschaft der Hauptstadt verantwortlich. 1.000 Kubikmeter Wasser fasst der beinahe 69 Meter hohe Gigant, dessen markante weiße Aluminiumfassade ab Mitte April farbig beleuchtet werden wird.

Im Stadtviertel Gasperich, in dem künftig 5.000 Einwohner*innen, 25.000 Beschäftigte und 2.600 Lehrer*innen und Schüler*innen leben und arbeiten werden, bildet der Turm das Herzstück der Wasserversorgung. Ein Symbol für das Wachstum - aber vielleicht auch dafür, dass das Wasser im Großherzogtum demnächst ein knappes Gut werden könnte?

Über 200 Liter Trinkwasser werden jeden Tag pro Kopf in Luxemburg verbraucht, insgesamt sind es ungefähr 120.000 Kubikmeter. Ungefähr die Hälfte des Trinkwassers kommt aus unterirdischen Quellen, die andere Hälfte aus dem Stausee bei Esch-Sauer. Laut Umweltministerium soll sich der Verbrauch bis 2040 auf 170.000 Kubikmeter am Tag erhöhen. Damit wären die aktuell vorhandenen Kapazitäten, inklusive der Reserven, die eigentlich nur im Notfall angegangen werden sollen, ausgeschöpft.

Zum Glück sprudeln im Untergrund noch Quellen, die zur Zeit nicht angezapft werden. 50.000 Personen könnten täglich mit ihnen versorgt werden - wäre das Wasser nicht durch Pestizide oder Nitrate verunreinigt. Von den 72 Quellen, die Luxemburg-Stadt gehören, werden deshalb lediglich 40 genutzt.

Wasser schützen und sparen

Das Umweltministerium verfolgt mehrere Strategien, um der drohenden Wasserknappheit zu begegnen. So sollen Schutzgebiete ausgewiesen werden, um die Förderung von frischem Trinkwasser aus unterirdischen Quellen zu erhöhen. Im Sommer schon sol-

len 86 Prozent dieser geschützt sein. Aber auch der Stausee soll mehr Wasser liefern. Eine neue Aufbereitungsanlage in Eschdorf wird die Kapazität von 70.000 auf 110.000 Kubikmeter am Tag erhöhen.

Durch diese Zuwächse wird zwar der durchschnittliche, nicht aber der Spitzenverbrauch gedeckt. Das Umweltministerium erwägt deswegen, wassersparende Verhaltensweisen zu propagieren und damit bis zu einem Viertel des bisherigen Verbrauchs einzusparen. In Haushalten könnte dies durch entsprechende Armaturen und die verstärkte Nutzung von Regenwasser erreicht werden. Vor allem aber soll die Landwirtschaft herangezogen werden: Durch Wiederverwendung des Wasser und „optimierte Bewässerungspraktiken“ könnte sie bis zu einem Drittel ihres Verbrauchs einsparen.



FOTO: WOXX/IA

Doch trotz all dem ist nicht auszuschließen, dass 2040 der Wassermangel zu spüren sein wird, warnt das Ministerium. Sollten sich Industrien mit hohem Wasserverbrauch - etwa eine Joghurtfabrik - in Luxemburg ansiedeln, könnte es auch schon früher dazu kommen. Auch der Klimawandel wirkt sich hier aus: Die durchschnittlichen Temperaturen werden steigen, regelmäßige Dürreperioden könnten zur Normalität werden.

Um dem Wassermangel entgegenzuwirken, wäre es eventuell auch möglich, neue Quellen zu erschließen oder Wasser aus dem Moseltal aufzubereiten. Das hieße allerdings auch, dass beträchtliche Anstrengungen zur Abwasserklärung unternommen werden müssten, als dies bisher der Fall ist. Im Umweltministerium dürfte man also weit weniger ruhig schlafen als auf dem Knuedler.